

# metallzeitung



Mitgliederzeitung der IG Metall

Juli/August 2020 | D 4713

metallzeitung.de



DIE IG METALL

## EINE FÜR ALLE

GEMEINSAM GEGEN

- ▶ ENTLASSUNGEN
- ▶ TARIFFLUCHT
- ▶ AUSBILDUNGSSTOPP

▶ **RENTE** Fast 13000 Betriebsräte aus mehr als 5700 Betrieben machen Druck für eine ordentliche Rente. → Seite 6

▶ **KONJUNKTUR** Jörg Hofmann im Interview über den Nutzen des Konjunkturpakets der Bundesregierung. → Seite 8

▶ **BEZIRK**

## INHALTSVERZEICHNIS

- 4 Schritt für Schritt durch die Krise** Was wir bisher gemeinsam für die Beschäftigten erreicht haben.
- 6 Sicherheit im Ruhestand** Fast 13 000 Betriebsrätinnen und -räte machen Druck für eine ordentliche Rente.
- 7 Gesundheitsschutz** Warum die Reform des Berufskrankheitsrechts ein Erfolg ist.
- 8 Reichen die Konjunkturlösungen?** Jörg Hofmann über das Coronahilfspaket der Bundesregierung.

### **TITEL** **Im Windschatten der Coronakrise** **10 Sozialabbau betreiben?** **Nicht mit uns!**

Die Pandemie bedroht Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen. Unternehmen drohen Insolvenzen. Das sind die Fakten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Aber es darf nicht so sein, dass Arbeitgeber alle Folgen der Pandemie auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abwälzen. Was jetzt zählt: dass wir gemeinsam um jeden Arbeitsplatz kämpfen.

Titelillustration: Henning Reith

- 16 Grüner Stahl** Die Stahlproduktion wird klimaneutral werden. Das ist teuer, aber unumgänglich.
- 18 Schluss mit Shutdown** Nach drei Monaten Zwangspause ist bei Opel die Produktion wieder hochgefahren.
- 20 Luftfahrtindustrie** Die Branche befindet sich in ihrer größten Krise. Aber es gibt Hoffnung.
- 22 Recht so** Was Empfänger von Kurzarbeitergeld über den Progressionsvorbehalt wissen sollten.
- 23 Alles, was Recht ist** Aktuelle Urteile zu Urlaub, Arbeitslosengeld II und Homeoffice.
- 24 Ferienjobs** Wegen der Coronapandemie gelten in diesem Jahr teils geänderte Bedingungen.
- 26 Weiterbildung** Audi in Neckarsulm setzt verstärkt auf arbeitsprozessorientierte Fortbildung.
- 27 Qualifizierung** Maßnahmen für eine gute Ausbildung – auch in der Coronakrise.
- 28 Aus den Bezirken**
- 30 Lokales/Karikatur**
- 31 Rätsel/Impressum**

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Juni 2020**



Foto: Dean Mitchell



Foto: Fokusier/Stock

**Corona** Ein Schutzschirm für die Beschäftigten, für Eltern, Mieter und Arbeitslose: Die IG Metall hat in Berlin zahlreiche Maßnahmen durchgeboxt. Ein Überblick. → Seite 4

**Grüner Stahl** Mit Wasserstoff statt Kohle auf dem Weg zu einer klimaneutralen Produktion. Betriebsrat und Beschäftigte packen den Wandel an. → Seite 16

## LESERBRIEFE

### **Starke Gewerkschaften gefragt | metallzeitung 5/2020** »Corona bedroht Wirtschaft und Arbeitsplätze«

Die Folgen des momentan grassierenden Coronavirus werden für viele Groß- und Kleinunternehmen ein vorgeschobener Grund sein, ihre Firma von Grund auf zu sanieren. Dies wird im überwiegenden Teil durch Abbau von Arbeitsplätzen geschehen. Hier sind jetzt besonders starke Gewerkschaften und flexible Betriebsräte gefordert, um den Schaden für die Beschäftigten so gering wie möglich zu halten. Es wird zu vielen Arbeitsgerichtsverfahren kommen und nicht alle werden positiv für die Arbeitnehmer entschieden werden. Aber sie sollten kämpfen, zusammen mit ihren Vertretern.

Wolfgang Sobotta, Münster

### **E-Autos nicht bezahlbar | metallzeitung 6/2020** »Klotzen, nicht kleckern«

Nun ist es raus: Für Verbrenner gibt es keinen Kaufanreiz, nur für Elektroautos. Bleibt aber die Frage, ob unsere Autoindustrie überhaupt in der Lage ist, alltags-taugliche und bezahlbare E-Autos anzubieten. Viele

## BEITRÄGE

Der Bundesrat hat am 5. Juni 2020 eine Rentenerhöhung beschlossen. Danach steigen am 1. Juli dieses Jahres die Bezüge im Osten um 4,2 und im Westen um 3,45 Prozent. Parallel zur gesetzlichen Erhöhung der Rentenbezüge wird die IG Metall die individuellen Mitgliedsbeiträge der Rentnerinnen und Rentner um die gleichen Prozentbeiträge anpassen.



Foto: Kieran Doherty/Reuters/na



Illustration: Stephanie Brittnacher

**Stürmische Zeiten** Die Luftfahrtindustrie befindet sich inmitten heftiger Turbulenzen. Wie stark sie durchgeschüttelt wird, ist keineswegs ausgemacht. → Seite 20

**Ferienjobs** Viele Schüler und Studierende bessern in den Ferien ihre Finanzen auf. Wegen Covid-19 wurden jetzt einige Regelungen gelockert. → Seite 24

Arbeitnehmer sind in Kurzarbeit, andere gekündigt. Dann sind da noch wir Rentner, bei denen am Monatsende auch nichts übrigbleibt. Und alle diese Leute sollen jetzt ihre kleinen Rücklagen nehmen, um mit den 6000 Euro Prämie ein teures E-Auto zu kaufen?! Wenn es keine Kaufanreize für moderne Verbrenner gibt, dann werden wir unseren 20-jährigen Astra wohl oder übel weiterfahren müssen. Bis wir entweder genug Geld zusammengespart haben oder die E-Autos bezahlbar und alltagstauglich sind. Hoffentlich hat die Autoindustrie solange Zeit zu warten. Wilhelm Ruge, Schönfeld

**Industrie verpasst die Zukunft** | metallzeitung 6/2020  
»Klotzen, nicht kleckern«

Die Haltung von unserem Vorsitzenden Jörg zur Verkaufsförderung von Pkw mit Verbrennungsmotor teile ich nicht. Die Beschwerden der Gewerkschaftsspitze kann ich nicht nachvollziehen. Es gibt doch nun drei Prozent Förderung über die Mehrwertsteuer. Bei 30 000 Euro sind das 900 Euro, das sollte doch reichen! Über Jahrzehnte wurde in der deutschen Automobilindustrie die Zukunft der Mobilität nicht gestaltet. Auch wir als IG Metall hatten dazu zu wenige Forderungen auf unsere Fahnen geschrieben. Klaus Murawski, Per E-Mail

**GEWONNEN**

Juni-Rätsel Lösungssumme: 83

1. Preis: Martin Beindorf, Erfurt
2. Preis: Tanja Heidenreich, Wattendorf
3. Preis: Oliver Nöckel, Königsee

**EDITORIAL**



Foto: Frank Rumpenhorst

**Jörg Hofmann**, Erster Vorsitzender der IG Metall

**Kurzarbeit verlängern!**

Das 130 Milliarden Euro schwere Konjunkturpaket ist beschlossen. In vielen Punkten entspricht es den Vorschlägen der IG Metall: Familien werden gefördert, Stromkosten reduziert, die kommunalen Haushalte stabilisiert. Unternehmen erhalten mehr Anreize für Investitionen, die auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommen.

Doch es wird sich zeigen, ob das alles, vor allem aber die 20 Milliarden Euro schwere Mehrwertsteuersenkung, ausreicht, um den Konjunkturmotor anspringen zu lassen. Denn der dafür nötige Impuls ist in erster Linie eine anziehende Binnennachfrage. Dafür hatte die IG Metall mit der Umweltprämie eine Maßnahme vorgeschlagen, die zielgenau und klimagerecht Nachfrage gestärkt hätte. Doch nun wird der Autokauf dank der Milliarden der Mehrwertsteuersenkung ohne Lenkung in Richtung Klimaschutz gefördert. Die höchste Steuerersparnis entsteht beim Kauf hochmotoriger und teurer Modelle.

Blicken wir nach vorn: Wo die Politik in jedem Fall nachsteuern muss, ist bei der Kurzarbeit. Soll diese Brücke weiter tragen, braucht es eine Verlängerung der Krisenregelungen über das Jahresende hinaus. Und es braucht eine Verlängerung der Bezugsdauer auf 24 Monate.

Der Druck der Metallerinnen und Metaller hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Bundesregierung die Kurzarbeit zu Beginn der Pandemie deutlich ausgebaut hat. Und die IG Metall wird die Organisationskraft ihrer 2,3 Millionen Mitglieder wieder einsetzen, um sowohl für ein Nachsteuern bei der Kurzarbeit als auch – wenn nötig – beim Konjunkturpaket zu kämpfen.



# Mit der IG Metall durch die Krise

**CORONA** Ein Schutzschirm für die Beschäftigten, für Eltern, Mieter und Arbeitslose: Die IG Metall hat in Berlin zahlreiche Maßnahmen durchgeboxt, um die Folgen der Coronakrise abzufedern. Ein Überblick. | Von Simon Che Berberich

## GESUNDHEITSSCHUTZ

Das Infektionsrisiko der Beschäftigten am Arbeitsplatz muss minimiert werden. Wie das gelingen kann und worauf dabei zu achten ist, hat die IG Metall gegenüber der Regierung deutlich gemacht und in einer Handlungshilfe beschrieben. Betriebsräte und Vertrauensleute sorgen dafür, dass Gesundheitsschutz in den Betrieben durchgesetzt wird.



## ELTERNGELD SICHERN

Für viele werdende Eltern hätte Kurzarbeit ein deutlich geringeres Elterngeld bedeutet. »Geht nicht!«, sagte die IG Metall. Reaktion der Bundesregierung: Kurzarbeit bleibt bei der Elterngeldberechnung außen vor.

## JOBS RETTEN

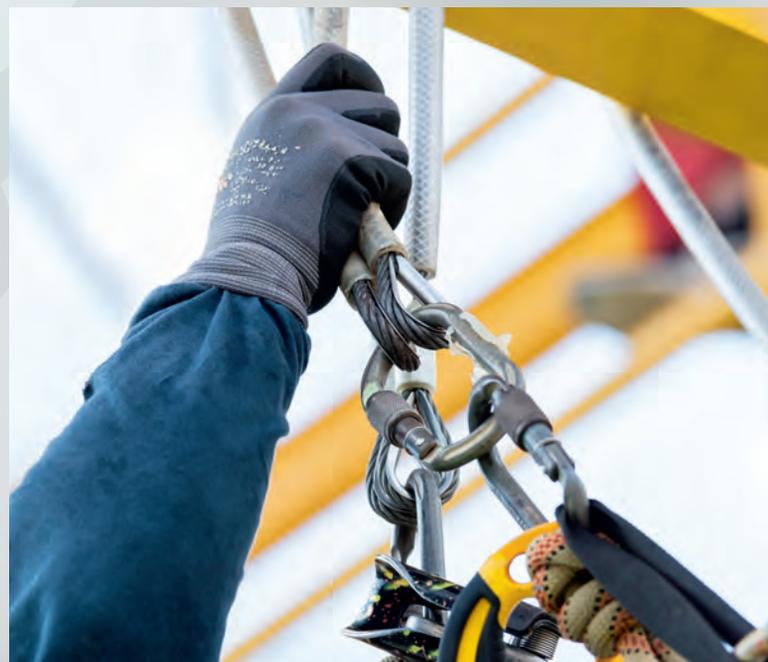
Auf Druck der Gewerkschaften hat die Bundesregierung die Kurzarbeit deutlich ausgebaut: Hürden für Kurzarbeit runter, Kurzarbeitergeld hoch, maximale Dauer der Kurzarbeit verlängert, Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld steuerfrei gestellt.

## KINDERBONUS

Familien erhalten einen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind. Nach den außergewöhnlichen Belastungen durch die Coronakrise ist der Bonus eine Anerkennung für Familien. Der Kinderbonus stand auf der Agenda der IG Metall.

## SICHERHEIT PER TARIF

Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen federn Verluste beim Entgelt ab, zum Beispiel durch Arbeitgeberzuschüsse. Die sichern 80 bis 90, in einigen Betrieben sogar bis zu 100 Prozent des normalen Nettoentgelts. Per Tarif gibt es bis zu 13 zusätzliche, bezahlte freie Tage für Beschäftigte mit Kindern.



## KONJUNKTURPAKET

Ein Schub für die Nachfrage, damit es mit der Wirtschaft bald wieder nach oben geht: Das Konjunkturpaket der Bundesregierung soll diese Wende bringen. Das Paket enthält viele Vorschläge der IG Metall, zum Beispiel die Verbilligung von Strom, die verstärkte Förderung von E-Autos und E-Ladesäulen oder mehr Anreize für Investitionen in den Unternehmen. Die IG Metall wird weiter auf schnell wirksame Konjunkturimpulse drängen.

## ENTGELTSICHERUNG FÜR ELTERN

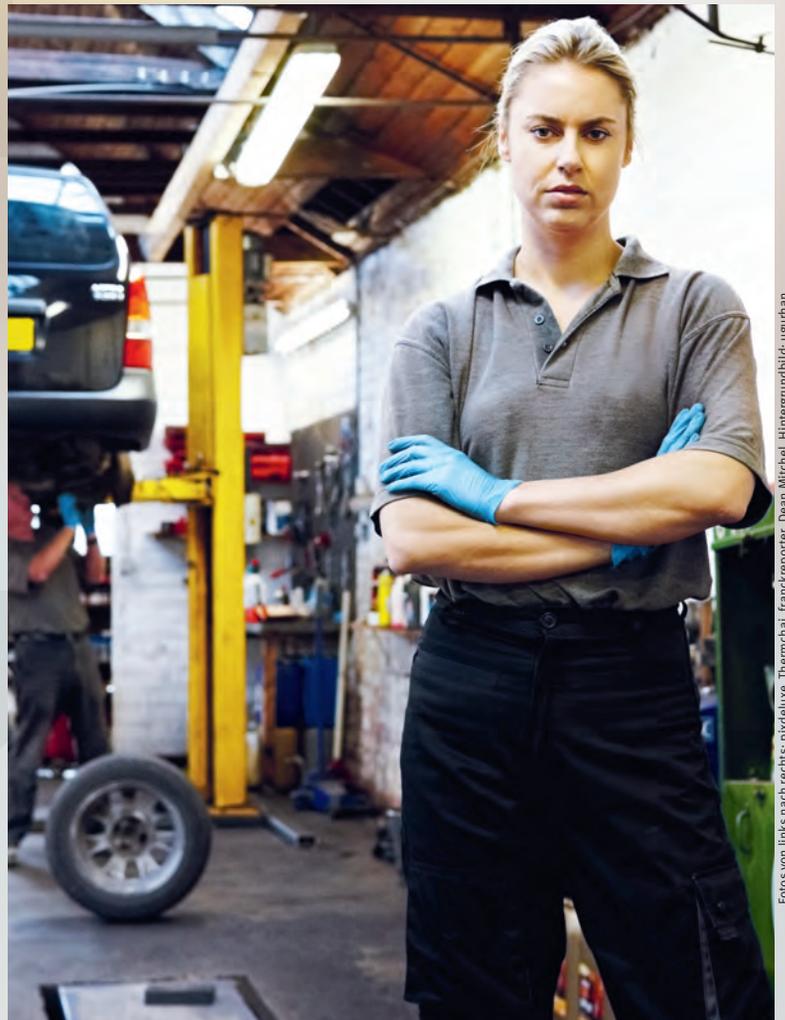
Viele Eltern mussten und müssen ihre Kinder in der Coronazeit selbst betreuen, können nicht arbeiten. Sie erhalten bis zu 10 Wochen Lohnersatzzahlung je Elternteil vom Staat, Alleinerziehende bis zu 20 Wochen. Deutlich länger als zuvor. Die IG Metall hat sich wochenlang für eine Lösung eingesetzt.

## DREI MONATE LÄNGER ARBEITSLOSENGELD

Das gilt für alle, deren Anspruch zwischen Mai und Jahresende auslaufen würde. Die IG Metall macht seit Beginn der Coronakrise Druck für solche Maßnahmen, damit die Pandemie nicht zu sozialen Verwerfungen führt.

## WENN ALLE STRICKE REISSEN

Während der Coronakrise hat die Regierung den Zugang zu Grundsicherung und Kinderzuschlag erleichtert.





# Rente unter Druck!

## Appell aus den Betrieben

**ALTERSSICHERUNG** Gegner der gesetzlichen Rente nutzen die Coronapandemie und fordern Rentenkürzungen. Rund 13 000 Betriebsräte machen mit einem Appell an die Bundesregierung klar: Gerade in Krisenzeiten ist eine gute Rentenversicherung ein Stabilitätsanker. | **Von Simon Che Berberich**

**W**er zahlt für die Coronakrise? Wenn es nach den Arbeitgebern geht, bekommen auch heutige und künftige Rentnerinnen und Rentner eine Rechnung präsentiert. Unter der Überschrift »Belastungsmoratorium« hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall gerade eine Wunschliste mit Sozialkürzungen präsentiert (siehe Seite 15).

Die Coronapandemie hat den Gegnern der gesetzlichen Rentenversicherung Auftrieb gegeben. In der allgemeinen Krisenstimmung ziehen sie altbekannte Forderungen aus der Schublade: Rentenniveau runter, Rentenalter rauf, Rentenerhöhungen streichen. Schließlich, so das Argument, gehe der Rentenversicherung wegen der Krise ja bald das Geld aus.

Fakt ist: Die schwierige Lage am Arbeitsmarkt wird auch in der Rentenkasse Spuren hinterlassen. Aber noch ist völlig offen, wie hoch die Einnahmeausfälle am Ende sein werden. Und die Rentenversicherung verfügt über hohe Rücklagen. Renten sind außerdem keine Verfügungsmasse, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Auch ökonomisch sind Rentenkürzungen unsinnig. Sie schmälern die Kaufkraft und schaden der Konjunktur. Worum geht es also wirklich?

### 12901 Betriebsräte appellieren

»Wie so oft versuchen die Arbeitgeber, Alt und Jung gegeneinander auszuspielen«, sagt Hans-Jürgen Urban, im IG Metall-Vorstand zuständig für Sozialpolitik. »Aber gerade in Krisenzeiten ist eine gute Rentenversicherung ein Stabilitätsanker. Wer

das nicht wahrhaben will, handelt ökonomisch falsch und gefährdet den sozialen Frieden im Land.«

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist nicht entscheidend, ob sie einen halben Prozentpunkt Rentenbeitrag mehr oder weniger einzahlen. Entscheidend ist, dass sie später von ihrer Rente gut leben können.

Diese Sicherheit ist durch die vielen Kürzungen der vergangenen Jahrzehnte brüchig geworden. Die IG Metall will die Rentenversicherung langfristig auf solide Füße stellen. Heißt konkret: Stabiles Rentenniveau oberhalb von 50 Prozent. Flexible Übergänge in den Ruhestand statt Rente mit 67. Alle Beschäftigten rein in die gesetzliche Rentenversicherung.

Diese Forderungen haben Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall nun bekräftigt. Mit einem bundesweiten Rentenappell wandten sie sich im Juni an Sozialminister Hubertus Heil (SPD). 12901 Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus 5743 Betrieben unterstützen den Appell. Sie stehen für mehr als 2,9 Millionen Beschäftigte.

Der Appell, dessen Übergabe sich coronabedingt verzögerte, macht klar: Viele Kolleginnen und Kollegen sorgen sich um ihre soziale Absicherung im Alter. Sie wollen keine Rentenpolitik mit der Abrissbirne, sondern einen neuen Generationenvertrag und einen Kurswechsel in der Alterssicherung.

Über die Antwort von Minister Heil auf unseren Rentenappell informieren wir auf [igmetall.de](https://www.igmetall.de). Dort ist der Appell auch in voller Länge abrufbar.

📍 [igmetall.de/rente](https://www.igmetall.de/rente)

**3 Fragen an Bernhard Wagner**



Foto: Silas Stein

## Bessere Unterstützung bei Berufskrankheit

**GESUNDHEITSSCHUTZ** Warum die Reform des Berufskrankheitsrechts ein Erfolg ist, erklärt Metaller Bernhard Wagner, Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM).

*Das Berufskrankheitsrecht wurde reformiert. Was ist Deiner Meinung nach die Hauptverbesserung?*

**BERNHARD WAGNER:** Der Wegfall des sogenannten »Unterlassungszwangs« war ein wichtiger Schritt. Positiv ist auch, dass die Bundesregierung uns als IG Metall-Selbstverwalter in den Berufsgenossenschaften »gehört« hat. Unser Wissen war gefragt, wir konnten uns in die Reform einbringen.

*Warum war es nötig, den Unterlassungszwang zu streichen?*

**WAGNER:** Weil jetzt erkrankte Beschäftigte, sofern die Berufskrankheiten-Rente zu gering sein sollte, im selben Job weiterarbeiten und so ihren Lebensunterhalt sichern können. Sie müssen keine Angst mehr vor Arbeitsplatzverlust haben, wenn sie an einer anerkannten Berufskrankheit erkranken.

*Wo muss noch nachgelegt werden?*

**WAGNER:** Die Anpassung der Berufskrankheitenliste und insbesondere auch der lange Anerkennungszeit bis zur Aufnahme in den Katalog der Berufskrankheiten bedrückt uns Selbstverwalter sehr. Wir benötigen eine Aktualisierung der Berufskrankheitenliste an die moderne Arbeitswelt. Vor allem die Anerkennung von Burn-out oder psychischen Fehlbelastungen fordert engagiertes Handeln von uns.



Foto: Clara Mangals/dpa/pa

**Passagiere am Flughafen Palma de Mallorca:** Sommerurlaub ist 2020 doch noch möglich.

## Mehr Urlaubsgeld dank Tarif

Ob jemand Urlaubsgeld bekommt oder nicht, hängt entscheidend davon ab, ob im Betrieb ein Tarifvertrag gilt. 44 Prozent aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft erhalten Urlaubsgeld. Bei Tarifbeschäftigten sind es dagegen 71 Prozent. Das zeigt eine Befragung des Internetportals Lohnspiegel.de der Hans-Böckler-Stiftung.

Das tarifliche Urlaubsgeld in der Metallindustrie gehört im Branchenvergleich zu den höchsten. In der mittleren Entgeltgruppe liegt es bei 2235 Euro (West) beziehungsweise 1983 Euro (Ost). Das höchste Urlaubsgeld gibt es in der Holz- und Kunststoffindustrie, ebenfalls eine Branche der IG Metall. Dort liegt der mittlere Wert bei 2513 Euro (West).

In der Coronakrise ist das Urlaubsgeld besonders wichtig. Viele Beschäftigte haben Einkommenseinbußen. Das Urlaubsgeld stabilisiert die Situation etwas. Zusätzlich eröffnet der Metall-Tarifabschluss in diesem Jahr die Möglichkeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld anteilmäßig auf die monatlichen Einkommen zu übertragen, um im Fall von Kurzarbeit ein höheres Kurzarbeitergeld zu erhalten.



Cartoon: Stephan Rürup



Foto: Martin Leissl

**Jörg Hofmann,**  
Erster Vorsitzender  
der IG Metall.

## »Die Frage lautet doch:

# Trägt die Brücke Kurzarbeit?«

**INTERVIEW** 130 Milliarden Euro wiegt das Konjunkturpaket. Doch hat es auch genügend »Wumms«?

Das fragen wir Jörg Hofmann, der sich für die Forderungen der IG Metall in Berlin stark gemacht hat.

**Die Fragen stellte Mirko Kaiser**

**Jörg, die Mehrwertsteuersenkung ist das »Herzstück« des Konjunkturpakets. Ist sie das scharfe Schwert im Kampf gegen die Rezession?**

**Jörg Hofmann:** Unser gewerkschaftliches Forschungsinstitut IMK hat alle Studien zusammengetragen, die zur Wirkung von Mehrwertsteuersenkungen verfasst worden sind. Fazit: Es ist große Skepsis angebracht, ob die Mehrwertsteuersenkung beim Kunden ankommt. Gerade in Bezug auf einfache Konsumgüter und die Gastronomie.

Bei den Hotels haben wir bereits die Erfahrung gemacht, dass damals im Zuge der Mövenpicksteuer nichts ankam. Wo sie wirken kann, ist bei hochpreisigen Konsumgütern: bei Möbeln, Autos. Hier kommen spürbare Beträge zusammen, wenn die Mehrwertsteuersenkung an die Kunden weitergegeben wird. Aber: Diese Maßnahme ist eine Absatzförderung ohne jede Lenkungswirkung, die weder Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und ihren Konsumgewohnheiten noch dem Klima hilft. Denn zum Beispiel gerade

bei hochpreisigen hochmotorisierten Fahrzeugen winken hohe Einsparungen.

**Was dem Klima geholfen hätte, wäre die Umweltprämie für den Kauf umweltfreundlicher Fahrzeuge, die die IG Metall gefordert hat. Wie würdest Du Luisa Neubauer von Fridays for Future (FFF) davon überzeugen, dass diese Umweltprämie einen ökologischen Nutzen besitzt?**

**Hofmann:** Ich würde darauf hinweisen, dass die IG Metall und FFF sich in

einem entscheidenden Punkt einig sind: Wir alle müssen den Klimawandel jetzt aufhalten. Und »jetzt« bedeutet, dass wir schauen, welche Maßnahmen wir schnell mit großer Wirksamkeit umsetzen können. Eine Maßnahme wäre der zügige Austausch von Autos mit alter gegen solche mit modernster Verbrennertechnologie, gegen Hybride oder E-Autos. Das Problem ist nur, bei E-Fahrzeugen gibt es jetzt schon Lieferengpässe, weil nicht genügend Batterien zur Verfügung stehen und das wird sich in den nächsten Monaten nicht ändern. Wir haben als IG Metall seit Jahren auf diesen Missstand hingewiesen. Wenn ich dann schaue, was jetzt konjunkturell und ökologisch wirksam ist, dann sagen wir als IG Metall: Nehmt die alten Stinker aus dem Markt und ersetzt sie durch moderne Fahrzeuge, auch moderne Verbrenner. Das wirkt sich sofort positiv auf das Klima aus.

**Das Konjunkturpaket enthält Maßnahmen, die die Beschäftigung in der Automobilindustrie sichern könnten: mehr Geld für E-Ladestationen, Anreize zur Flottenerneuerung bei Lkw und Bussen, Geld für Zukunftsinvestitionen der Hersteller und Zulieferer. Wie sehr hilft all das der Branche?**

**Hofmann:** Das sind viele richtige Maßnahmen, die allerdings mittelfristig wirken. Sie sind eher Teil eines Investitionsprogramms für die von uns geforderte Transformation, aber weniger konjunkturelle Maßnahmen, die kurzfristig wirken.

**Im Paket stecken auch Instrumente, die die IG Metall schon lange fordert, etwa die Stärkung der Wasserstoffwirtschaft, die EEG-Umlage wird abgesenkt, die Deckelung von Fotovoltaik aufgehoben und die Mittel für Gebäudesanierung verdoppelt. Wie bewertest Du diese Maßnahmen?**

**Hofmann:** Hier haben wir echte Fortschritte erzielt. Etwa bei der Wasser-

»Die IG Metall wird alles dafür tun, dass wir mit möglichst vielen Beschäftigten durch dieses Krisental kommen.«

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

stoffstrategie. Die hat nicht nur für die Automobilindustrie, sondern auch für die maritime Wirtschaft und die Stahlindustrie enorme Bedeutung. Alles in allem ist hier vieles enthalten, das in die richtige Richtung zielt. Wir als IG Metall werden darauf achten, dass die Förderprogramme abgerufen und umgesetzt werden. Dass aus den Versprechungen reale Taten werden, die Beschäftigung sichern und Transformation fördern.

**Thema Ausbildung. Auch die leidet unter der Coronapandemie. Die Regierung will bis zu 3000 Euro Prämie für Ausbildungsplätze zahlen. Symbolpolitik oder wirksam?**

**Hofmann:** Jenseits jeder Prämie sehe ich die Arbeitgeber in der Pflicht, Ausbildungsplätze zu erhalten und noch mehr für die Ausbildung zu tun. Der demografische Wandel fällt nicht aus wegen der Coronapandemie. Wer jetzt Ausbildungsplätze streicht, der verbaut sich seine Zukunft, weil ihm dann Fachkräfte fehlen. Von 3000 Euro macht wohl kein Arbeitgeber seine Entscheidung abhängig, einen Ausbildungsplatz zu schaffen oder eben nicht. Aber es ist ein klares Statement der Politik an die Arbeitgeber: »Handelt verantwortlich, sichert Ausbildungsplätze, und wer zusätzlich Ausbildungsplätze schafft, der übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft.«

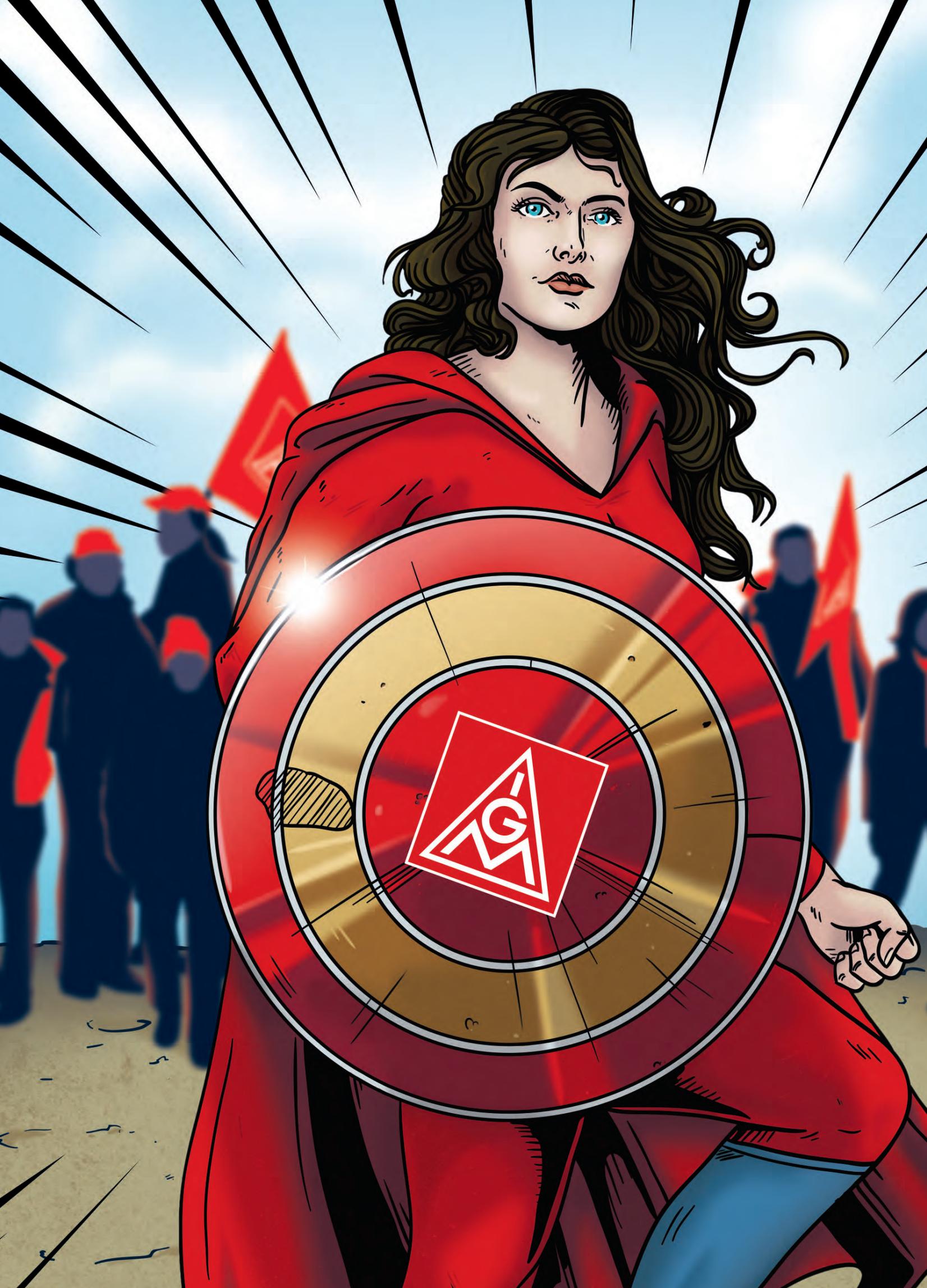
**Familien erhalten 300 Euro Kinderbonus. Ist das angemessen?**

**Hofmann:** Der Kinderbonus ist eine richtige Maßnahme, die auch die IG Metall

auf der Agenda hatte. Familien mit Kindern waren und sind sehr stark belastet durch die Folgen der Pandemie. Insofern ist der Bonus eine materielle Anerkennung für die Familien, die angesichts geschlossener Kitas und Schulen, häufig im Spagat zwischen Homeschooling und Homeoffice, vor einer Zerreißprobe standen und zum Teil auch noch stehen. Zur Wirkung auf die Wirtschaft: Die 300 Euro können zum Konsum beitragen.

**Seit seinem Tief Ende März hat der MSCI World Index 38,5 Prozent gewonnen. Der Ölpreis steigt, der Preis des Industriemetalls Kupfer erholt sich. An den Finanzmärkten wächst also die Überzeugung, dass die schlimmste Phase der Pandemie vorbei ist. Wie analysierst Du die Lage mit Deiner Kenntnis der Situation in Betrieben und Konzernen?**

**Hofmann:** Wir sehen an den Finanzmärkten eine Blase, eine Entwicklung, die der Situation der Realwirtschaft nicht entspricht. Die OECD geht davon aus, dass wir 2020/2021 in eine massive Weltwirtschaftskrise steuern. Und im Gegensatz zur Krise 2009/2010 haben wir keinen, der uns durch Nachfrage aus dem Sumpf zieht – wie damals China. China ist nicht mehr in diesem Umfang abhängig von den Exporten aus Deutschland. Wir müssen uns also selbst aus dem Sumpf ziehen. Daher ist jetzt schon erkennbar: Es geht nicht schnell nach oben. Viele sagen, dass wir erst 2022/2023 wieder die Chance haben, das Vorkrisenniveau zu erreichen. Ich hoffe, vorher, denn die entscheidende Frage lautet doch: Trägt die Brücke Kurzarbeit? Bricht sie und wir erleben Entlassungswellen im größeren Umfang, wird sich diese Krise verstärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt extrem infrage stellen. Deswegen wird die IG Metall alles dafür tun, dass wir mit möglichst vielen Beschäftigten durch dieses Krisental kommen. Und da sind Politik und Arbeitgeber gefordert, uns dabei zu unterstützen.



DIE IG METALL

# EINE FÜR ALLE

**COVID-19 IST NICHT BESIEGT: ARBEITSPLÄTZE, LÖHNE UND SOZIALLEISTUNGEN SIND BEDROHT. DOCH ARBEITGEBER DÜRFEN DIE FOLGEN DER PANDEMIE NICHT AUF DIE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER ABWÄLZEN. WAS JETZT ZÄHLT: DASS WIR GEMEINSAM UM JEDEN ARBEITSPLATZ KÄMPFEN.**

Von Simon Che Berberich, Dirk Erb, Martina Helmerich  
Illustration: Henning Reith

**E**s wird ein Schiff weniger. Hier in den riesigen Hallen der Meyer Werft in Papenburg bauen die Metallerinnen und Metaller in diesem Jahr nur noch zwei Kreuzfahrtschiffe, nicht drei, wie geplant. Die Schiffbauindustrie ist durch Covid-19 noch tiefer in die Krise gerutscht. Gerade Kreuzfahrtschiffe werden derzeit kaum bestellt.

Die Geschäftsführung der Meyer Werft hat bereits angekündigt, dass sie 40 Prozent der Kapazitäten abbauen will. Die Hallen sind deutlich leerer als sonst. Viele Mitarbeiter sind in Kurzarbeit.

In der großen Halle ist aber noch einiges los. Auf dem 348 Meter langen Kreuzfahrtschiff Odyssey of the Seas wirken die Menschen klein wie Ameisen – die allerdings Atemschutzmasken und bunte

Helme tragen. Und die Farbe der Helme offenbart das Problem: Unter den gelben Helmen stecken in der Regel Stammbeschäftigte der Meyer Werft. Weiße, grüne, blaue oder rote Helme tragen die Beschäftigten von Fremdfirmen, die über Werkverträge für die Werft arbeiten.

## Stammbesellschaft wird durch Fremdfirmen ersetzt

Nur rund die Hälfte der derzeit fast 7000 Beschäftigten hier sind Stammbeschäftigte der Meyer Werft. Die übrigen kommen von Werkvertragsfirmen, viele aus Osteuropa, zu Billiglöhnen.

Oft machen die Werkvertragsbeschäftigten die gleiche Arbeit wie die Stammbeschäftigten.

Fortsetzung auf Seite 12 ►

Fortsetzung von Seite 11 ►

legschaft. Eigentlich sind sie nur hier, um Auftragsspitzen zu bewältigen – sagt die Geschäftsführung. Doch in den vergangenen Jahren haben sie zunehmend Stammbeschäftigte verdrängt.

Der Betriebsrat und die IG Metall befürchten, dass die Geschäftsführung nun die Coronakrise nutzt, um die Stammelegschaft weiter abzubauen. Die Beschäftigten machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze.

»Viele haben Existenzängste. Und alle sehen ja, dass immer mehr Fremdfirmen da sind«, sagt ein Schiffbauer, der seit 43 Jahren bei der Meyer Werft arbeitet. »Komplexe Arbeiten machen wir selbst. Das muss auch so bleiben. Und wir wollen unsere Tarifverträge behalten.«

Die Verhandlungen laufen. Betriebsrat und IG Metall wollen die Stammelegschaft und ihr Know-how halten.

»Die Stammbeschäftigten mit ihren langjährigen Erfahrungen stehen für den Erfolg der Werft«, erklärt der Betriebsratsvorsitzende Nico Bloem. »Statt um Entlassungen muss es deshalb um Kurzarbeit mit Qualifizierungen und den Abbau von Fremdkapazitäten gehen.«

## Mit Kurzarbeit durch die Coronapandemie

Um die Arbeitsplätze auf der Werft zu sichern, sind Bloem und Thomas Gelder, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Leer-Papenburg, fast täglich in Kontakt mit Politikern. Bei einem runden Tisch zur Zukunft des Kreuzfahrtschiffbaus in Niedersachsen sagte Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) bereits Unterstützung für die Meyer Werft zu.

Im Gegenzug erwarten die Beschäftigten, dass die Meyer Werft in der Coronakrise zu ihnen steht. »Wer Geld vom Staat bekommt, darf keine Stammarbeitsplätze abbauen«, macht Gelder klar. »Wir wollen mit Kurzarbeit, Qualifizierung und Altersteilzeit gemeinsam durch die Krise.«

## Arbeitgeber kürzen Arbeitsplätze und Löhne

Was auf der Meyer Werft droht, erleben Beschäftigte in anderen Betrieben schon

jetzt: Arbeitgeber bauen Arbeitsplätze ab, verkünden Schließungen und kündigen Tarifverträge.

Beim Autozulieferer Eberspächer in Esslingen verlaublich die Werkleitung, dass sie die Fertigung von Standheizungen mit 300 Beschäftigten schließen und verlagern will. Betriebsrat und IG Metall erfuhren davon wenige Stunden vorher.

Eigentlich hat die Geschäftsleitung in einer Vereinbarung unterschrieben, dass es bis Ende 2022 keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll – und der Standort Esslingen zum »Technologiewerk« weiterentwickelt wird. Die Beschäftigten wollen Widerstand gegen die Schließung leisten. Die IG Metall-Vertrauensleute planen derzeit Aktionen. »Wir werden es nicht einfach hinnehmen, dass Eberspächer die Coronapandemie zum Anlass nimmt, die Fertigung in Esslingen platt zu machen«, erklärt Jürgen Groß von der IG Metall Esslingen. IG Metall und Betriebsrat haben Experten an Bord geholt und arbeiten an einem Konzept zur Fortführung der Fertigung in Esslingen.

Standort Solingen: Der Räderhersteller Borbet hat den Tarifvertrag gekündigt – »auch wegen der durch die Coronakrise entstandenen extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation«. Schichtarbeiter würden dadurch bis zu 1000 Euro im Monat verlieren.

Die Verhandlungen laufen. Nicht nur für Solingen, sondern bundesweit. Die IG Metall fordert Tarifverträge für alle Borbet-Standorte. Die Beschäftigten aller Werke stehen zusammen.

Arbeitgeber wälzen die Folgen der Coronakrise auf die Beschäftigten ab, nutzen sie aus. Gegen diesen Trend hilft nur eins: die Kräfte bündeln, zusammenstehen und kämpfen. In vielen Betrieben überlegen Belegschaften, denen der Boden unter den Füßen weggezogen wird, was sie tun können. Manche hatten schon länger das Ziel, einen Betriebsrat zu gründen und mit der Gewerkschaft zusammenzuarbeiten. Die Coronakrise hat das jetzt beschleunigt.

In ihrer Not wandten sich die Beschäftigten des hessischen Automobilzulieferers Wirthwein an die IG Metall. Anfang Mai

## Die Folgen der Pandemie in Zahlen

80

Betriebe in  
Insolvenzgefahr

72%

der Betriebe setzt  
weiter auf Kurzarbeit  
(steigende Tendenz).

Quelle: Umfrage der IG Metall 2020



Nur die Hälfte der Beschäftigten bei der Meyer Werft sind Stammbeschäftigte. Die übrigen kommen von Tochter- und Fremdfirmen.

### **Nico Bloem, 26, Betriebsratsvorsitzender, Meyer Werft**

**»Statt um Entlassungen muss es um Kurzarbeit mit Qualifizierungen und den Abbau von Fremdkapazitäten gehen.«**



Fotos: Cordula Kropke

standen sie bei Uwe Zabel vom Bezirk Mitte auf der Matte. Das Unternehmen Wirthwein hatte dem Großteil der Beschäftigten gekündigt. Der Standort soll Ende des Jahres fast komplett dichtgemacht werden.

### **Beschäftigte organisieren sich in der IG Metall**

Alle Beschäftigten in der Produktion sind zum 31. Dezember ihren Job los. Die

Beschäftigten mussten einzeln zu »persönlichen Gesprächen« erscheinen. Dort bekamen sie ihre Kündigung ausgehändigt. »Das ist eine Riesensauerei, dass wir alle entlassen sind, ohne einen Cent Abfindung«, schimpft Katrin Roob. »Weil wir uns das nicht gefallen lassen, haben wir uns an die IG Metall gewandt.« Katrin klagt gegen ihre betriebsbedingte Kündigung mit dem DGB Rechtsschutz.

In dem nicht tarifgebundenen Unternehmen gab es vor dem Ausspruch der

Kündigungen keinen Betriebsrat. Die Beschäftigten haben sich jetzt fast vollständig in der IG Metall organisiert. Die IG Metall hat den Arbeitgeber an den Verhandlungstisch gezwungen. Ziel ist eine sozialverträgliche Lösung durch eine Transfergesellschaft, die betriebsbedingte Kündigungen verhindert und eine Perspektive für die Betroffenen schafft. Jens Kiehm, 42, tritt bei den Betriebsratswahlen auf der

Fortsetzung auf Seite 14 ►



Foto: Frank Rumpenhorst

### Jens Kiehm, 42, Werkzeugmacher, Wirthwein

»Ich mache das aus Solidarität mit den Werkern in der Produktion. Ohne sie läuft nichts im Betrieb. Meine größte Hoffnung ist die Gründung einer Transfergesellschaft, damit die Beschäftigten Ende des Jahres eine Perspektive haben.«



Foto: Martin Leiszl

### Thomas Diener, 57, Betriebsratsvorsitzender, Günther & Co

»Innerhalb von drei Tagen sind fast alle Mitglied bei der IG Metall geworden. Der Organisationsgrad liegt jetzt bei 80 Prozent. Wir machen Aktionen hier in Rödelheim. Die IG Metall hat sich mit dem Aufsichtsrat in Schweden in Verbindung gesetzt und macht Druck über den Europäischen Betriebsrat. Mit so viel Gegenwehr hat der Konzern nicht gerechnet. Für unseren Kampf haben wir großen Rückhalt in der Belegschaft.«

Fortsetzung von Seite 13 ►

Liste der IG Metall an. Der gelernte Werkzeugmacher arbeitet als Abteilungsleiter bei Wirthwein. Kiehm ist zu 60 Prozent schwerbehindert, aber das hat ihn nicht abgehalten, in den vergangenen Wochen zu kämpfen.

### Sitzstreik und Autokorso

Ende Mai stand die Nachtschicht still und alle Maschinen ruhten. Alle Versuche, die Arbeitsniederlegung mithilfe externer Streikbrecher zu unterlaufen, scheiterten kläglich. Obwohl die Aktionen unter erschwerten Coronabedingungen ablaufen, gelingen sie hervorragend und finden große Resonanz in der Öffentlichkeit: der Sitzstreik vor dem Betrieb und der Autokorso zum Arbeitsgericht in Fulda. Während des Autokorsos hielten alle am »IG Metall-Drive-in« am Straßenrand an und bekamen Verpflegung für den Kampf ins Auto gereicht. Die Betroffenen haben einen Wäschekorb von Klagen in den Fristbriefkasten des Arbeitsgerichts geworfen. Nun sind die Massenklagen auf dem Weg.

Auch die Firma Günther & Co in Frankfurt ist so ein Fall. Der Betrieb will ausgerechnet in der Coronakrise seine Leute loswerden. Obwohl das Unternehmen, das Bohrwerkzeuge herstellt, gute Gewinne macht. Günther & Co gehört zum schwedischen Sandvik-Konzern. »Das vergangene Jahr war mit 20 Prozent Gewinn besonders gut«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Thomas Diener.

Dass das Unternehmen die coronabedingte Situation ausnutzt, um die Produktion ins Ausland zu verlagern und dort eine noch höhere Gewinnmarge zu erzielen, empört die Belegschaft aufs Äußerste. Die IG Metall hat ein Wirtschaftsgutachten erstellen lassen und Alternativen entwickelt, wie der Standort und die Arbeitsplätze erhalten werden können. Der Konzern schlägt alle Argumente in den Wind. »Kein Mensch versteht, warum der Standort geschlossen werden soll«, sagt Michael Erhardt von der IG Metall Frankfurt. »Wenn sie trotzdem zumaachen, werden wir einen Sozialplan erkämpfen, der richtig teuer wird.«



Foto: Frank Rumpenhorst

### Katrin Roob, 53, Maschinenführerin, Wirthwein

»Ich bin vor 16 Jahren über eine Leihfirma zu Wirthwein gekommen. Wir haben immer gearbeitet, am Wochenende und am Feiertag. Wir haben alles für die Firma gegeben. Dass wir Knall auf Fall unsere Arbeit verlieren, hat uns alle geschockt. Jetzt sind wir in die IG Metall eingetreten. Wir haben uns gesagt, wir müssen aufstehen und kämpfen. Zusammen ist es immer besser.«



Foto: Frank Rumpenhorst



Immer alles gegeben, wenn die Firma sie brauchte: Jetzt will Wirthwein die Beschäftigten vor die Tür setzen.

## ANGRIFF AUF ARBEITNEHMERRECHTE

# Arbeitgeber wollen Sozialstaat demolieren

**Dient die Coronapandemie einigen Arbeitgebern als Alibi, um endlich durchzusetzen, was unter dem Stichwort »Rationalisierungsmaßnahmen« schon lange in ihren Schubladen liegt. Ein »Positionspapier« lässt Schlimmes erwarten.**

**N**icht nur in den Betrieben zeigen die Arbeitgeber Zähne. Auch auf der politischen Bühne wittern sie ihre Chance. Mit dem Totschlagargument »Coronakrise« versuchen sie, den Sozialstaat zu schwächen und Arbeitnehmerrechte zu beschneiden.

Jüngstes Beispiel: Ein Positionspapier des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Der Inhalt liest sich aus Arbeitnehmersicht wie ein Katalog des Grauens: tägliche Höchstarbeitszeit streichen, Ruhezeiten abschaffen, mehr befristete Arbeitsverträge, Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen.

Bei der Sozialpolitik geht es weiter: Die Rente ab 63 wollen die Metall-Arbeitgeber abschaffen, die Grundrente verhindern. Den Krankenkassenbeitrag wollen sie nicht mehr zur Hälfte zahlen – was sie nach jahrelanger sozialer Schieflage erst seit 2019 wieder müssen.

Gehör finden die Arbeitgeber beim Wirtschaftsflügel der Union, dem nicht ein-

mal die Ärmsten des Arbeitsmarkts heilig sind. Die Wirtschaftspolitiker schlugen vor, den Mindestlohn von derzeit 9,35 Euro zu kürzen oder zumindest die anstehende Erhöhung auszusetzen. Dabei hatte Kanzlerin Merkel in ihrer Fernsehansprache ausdrücklich die Leistung von Niedriglohnbeschäftigten gelobt und ihnen gedankt: zum Beispiel den Kassiererinnen und Kassierern im Supermarkt.

### Geschenk für Topverdiener

Weitaus großzügiger sind Unternehmer und CDU-Wirtschaftsflügel, wenn es um Spitzenverdiener geht: Parallel zum Sozialabbau fordern sie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags auch für die obersten zehn Prozent. Das würde den Staat pro Jahr rund neun Milliarden Euro kosten und Menschen entlasten, die das Geld kaum ausgeben, sondern es in gut gefüllten Depots parken. Und die Multimilliarden an staatlicher Unterstützung für die Wirtschaft sind ohnehin kein Problem und werden gern genommen.

Fazit: Der Staat soll den Unternehmen und den Reichen geben, bei Normal- und Niedrigverdienern und Rentnern kürzen, und sich ansonsten aus allem heraushalten. So sieht die ideale Nach-Corona-Welt aus – wenn es nach den Spitzenvertretern der Arbeitgeber geht.

Zum Glück verhält sich ein Großteil der Arbeitgeber nicht so wie ihre Spitzenvertreter. Es gibt sogar Betriebe, die ihren Beschäftigten mehr zahlen. Bei den Alfelder Kunststoffwerken etwa gibt es jetzt vier Prozent mehr Geld, eine Einmalzahlung von 150 Euro – und eine betriebliche Coronaprämie von 1500 Euro obendrauf. Das haben IG Metall und Betriebsrat ausgehandelt.

Klar: Die wirtschaftliche Situation ist eine andere. Die Alfelder Kunststoffwerke beliefern Lebensmittel- und Arzneiersteller. Das Geschäft läuft auf Hochtouren.

Klar ist aber auch: Von allein hätte die Geschäftsführung das alles nicht bezahlt. »Das war alles andere als ein Selbstläufer«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Kristian Langner. »Wir haben die Geschäftsführung überzeugt: Wir Beschäftigten arbeiten durch, auch samstags, und stehen zur Firma, trotz Corona. Dann muss dafür auch etwas von Euch kommen.«

Bei der Meyer Werft, bei Eberspächer, Borbet und Wirthwein sehen die Zahlen deutlich schlechter aus. Dennoch: Für Unternehmen in der Coronakrise gibt es Geld vom Staat. Dafür hat sich die IG Metall gemeinsam mit den Arbeitgebern in Berlin eingesetzt. Dafür erwarten die Beschäftigten nun auch, dass die Arbeitgeber in der Coronakrise zu ihnen stehen. Sie leisten gemeinsam mit der IG Metall Widerstand gegen den Kahlschlag.

# Stahl hat eine grüne Zukunft

**THYSSEN-KRUPP** Die ersten Schritte hin zu einer klimaneutralen Produktion laufen. Wasserstoff statt Einblaskohle ist nun bei Thyssen-Krupp Steel die Devise. Und bald weichen auch Koks und Hochofen. Der Betriebsrat und die Beschäftigten packen den Wandel an. | **Von Christoph Böckmann**

**B**ei Thyssen-Krupp Steel fürchtet niemand technische Herausforderungen: »Stell mir so ein Ding hin, ich bin gern bereit, das zu lernen und zu fahren«. Eine Aussage, die Tekin Nasikkol, Betriebsratsvorsitzender von Thyssen-Krupp Steel immer wieder von Beschäftigten hört. Mit dem »Ding« ist eine Wasserstoff-Direktreduktionsanlage gemeint. Sie ist die Zukunft der Stahlproduktion.

Mit einer Direktreduktionsanlage können Stahlhersteller klimaneutral produzieren. Denn das Ding gibt nur Wasser als Nebenprodukt ab, während der Hochofen so viel CO<sub>2</sub> rausbläst, dass die Branche zu den großen Emittenten in Deutschland zählt. Doch bislang gibt es hierzulande keine Direktreduktionsanlagen. Und die Umstellung wird teuer. Auf rund 10 Milliarden Euro schätzt Thyssen-Krupp Steel die Investitionen, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Doch Geld ist bei den Duisburgern gerade knapp. Auch bei anderen Herstellern ist die Finanzierung ein Problem. Denn: Mit Stahl lassen sich nur noch sehr enge Margen erzielen und die Umsätze sind durch Covid-19 massiv eingebrochen.

Sollen die Hersteller Stahl klimaneutral produzieren, muss die Politik den Umbau finanziell unterstützen. Auch muss sie gewährleisten, dass die Hütten dann genügend Wasserstoff und grünen Strom bekommen. Der Branchenverband der deutschen Stahlindustrie rechnet mit einem zusätzlichen jährlichen Strombedarf von mindestens 130 Terawatt-

stunden, insbesondere für die Deckung des Wasserstoffbedarfs. Um das zu gewährleisten, wären beispielsweise 12 000 zusätzliche Windkrafttrader in Deutschland notwendig. Hinzu kommt, dass die dringend benötigte Energieinfrastruktur, wie auch entsprechende Strom- und Wasserstofftrassen, nicht vorhanden ist und zugebaut werden muss. Ist klimaneutrale Stahlerzeugung also ein Ding der Unmöglichkeit? Tekin Nasikkol bleibt optimistisch: »Ich höre Bekenntnisse aus der Politik. Und ich bin mir sicher, dass Unterstützung kommt. Aber das muss jetzt schnell gehen.«

Die gute Nachricht für die Beschäftigten: Die Transformation hin zur klimaneutralen Produktionstechnik der Direktreduktionsanlage kostet keine Jobs. Um eine Tonne Stahl herzustellen, bedarf es des Einsatzes gleich vieler Beschäftigter wie bei der Herstellung im Hochofen. Da bei Thyssen-Krupp übergangsweise beide Routen gleichzeitig laufen werden, braucht es hier zeitweise sogar mehr Menschen. Und wie sieht es mit der Qualifizierung aus? »Da mach ich mir gar keine Sorgen«, sagt Tekin. »Wir haben eine Klasse Mannschaft und 200 Jahre Erfahrung. Die Ausbilder in unseren Aus- und Weiterbildungszentren schauen sich so eine Anlage kurze Zeit an, dann können wir mit der Qualifizierung beginnen.«

## Soll China das Design eines VW Golfs drei Jahre vor Markteinführung kennen?

Bis 2030 will Thyssen-Krupp Steel bereits 30 Prozent ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Bis dahin werden aber nur ein bis zwei Direktreduktionsanlagen in Duisburg stehen. So versucht das Traditionsunternehmen kurzerhand, den Hochofen auf klimaschonend zu trimmen, bevor er weichen muss. Aktuell laufen in Duisburg Versuche am Hochofen 9. Die Idee: Bis zu 20 Prozent CO<sub>2</sub> kann der Hochofen einsparen, wenn die Metallerinnen und Metaller nicht Kohlenstaub einblasen, sondern Wasserstoff. Bislang schickten die Duisburger nur durch eine der 28 Heißwinddüsen Wasserstoff, die anderen sollen folgen. Den für das Einblasen benötigten Wasserstoff bringen Tankwagen. »Das reicht für die Versuche, aber langfristig brauchen wir ein Wasserstoff-Gasnetz«, erklärt Matthias Weinberg, Leiter des Competence Center Metallurgie, der die Versuche begleitet.

Was aber geschieht mit den Hochöfen, wenn sie niemand mehr braucht? Tekin hat eine Idee: »Recyceln. Bis zu 100 Prozent des Hochofens können wiederverwendet werden, auch beim Bau einer neuen Direktreduktionsanlage. Unser großartiger Werkstoff macht das möglich.« Was Tekin ärgert: Nicht nur die alten Anlagen haben Rost angesetzt, sondern auch das Image der Branche. Für Tekin ist Stahl systemrelevant. Denn: »Wenn VW einen neuen Golf konstruiert, kommen die zu uns, um die Außenhaut zu planen. Wir wissen also zwei, drei Jahre bevor ein neues Modell vom Band läuft, wie es aussieht. Da braucht es Vertrauen und verlässliche Zusammenarbeit. Wenn es keine Stahlproduktion in Deutschland gäbe, müssten das die Autohersteller zum Beispiel mit China machen. Ich glaube kaum, dass sie das wollen.«

## Das fordert die IG Metall von der Politik

- ▶ Die Politik muss den Umbau hin zur klimaneutralen Produktion finanziell und politisch unterstützen.
- ▶ CO<sub>2</sub>-schonend produzierter Stahl muss durch eine Einfuhrsteuer vor Stahl geschützt werden, der aus dem EU-Ausland importiert wird und mit hohen Emissionen verbunden ist.
- ▶ Die deutsche und die europäische Stahlindustrie müssen vor Überkapazitäten aus dem Nicht-EU-Ausland geschützt werden.



**Ich höre Bekenntnisse aus der Politik. Ich bin mir sicher, dass da Unterstützung für die klimaneutrale Stahlproduktion kommt.«**

Tekin Nasikkol, Betriebsratsvorsitzender, Thyssen-Krupp Steel



In Duisburg wird sich die Kulisse über die Jahre ändern. Direktreduktionsanlagen ersetzen dann die Hochöfen.



# Wiederanlauf bei Opel

**CORONAKRISE** Nach drei Monaten Pause hat Opel in Rüsselsheim die Produktion wieder hochgefahren. Die Gesundheit hat dabei höchste Priorität. | **Text: Dirk Erb; Fotos: Frank Rumpenhorst**

**D**er 8. Juni, 5 Uhr morgens, bei Opel in Rüsselsheim: Nach drei Monaten Coronapause stehen die Beschäftigten zur Frühschicht an. Zum Wiederanlauf der Produktion hat der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt. Der Schutz der Beschäftigten hat höchste Priorität. Für jede Tätigkeit hat der Betriebsrat passende Maßnahmen erarbeitet, mithilfe der IG Metall-Vertrauensleute. Sie sind am nächsten dran und kennen die Arbeit am besten.

Neben dem Schutz vor Covid-19 hat der Betriebsrat darauf geachtet, dass die Beschäftigten nicht zu sehr belastet werden. »So viel Schutz wie nötig, so wenig zusätzliche Belastungen wie möglich«, erklärt Betriebsrat Antonio Petruzzi-Manganiello. »Stundenlang mit Maske zu arbeiten, ist extrem anstrengend. Daher haben wir durchgesetzt, dass die Beschäftigten zusätzliche Pausen bekommen. Dafür ist mehr Personal da, als eigentlich in der Schicht benötigt wird.«

Um 6.56 Uhr ist es dann so weit: Das Band läuft an. Der erste fertige Insignia nach drei Monaten Coronapause rollt herunter.

Video und Hintergründe zum Wiederanlauf bei Opel in Rüsselsheim:  
▶ [metallzeitung.de](https://metallzeitung.de)





**Bild 1** Montage der Innenverkleidung der Türen eines Opel Insignia. Hier müssen oft zwei Beschäftigte gemeinsam anpacken. Dabei ist es nicht möglich, den Abstand von 1,50 Meter immer einzuhalten. Daher tragen die Beschäftigten zusätzlich zur Schutzmaske ein Gesichtsschutzschild.

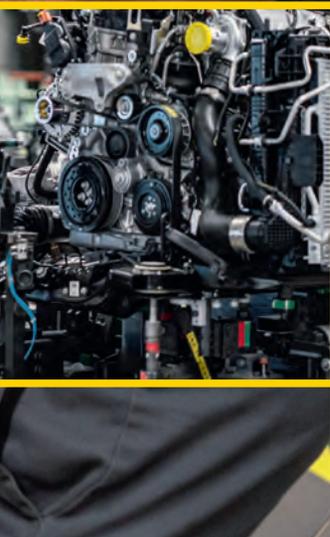
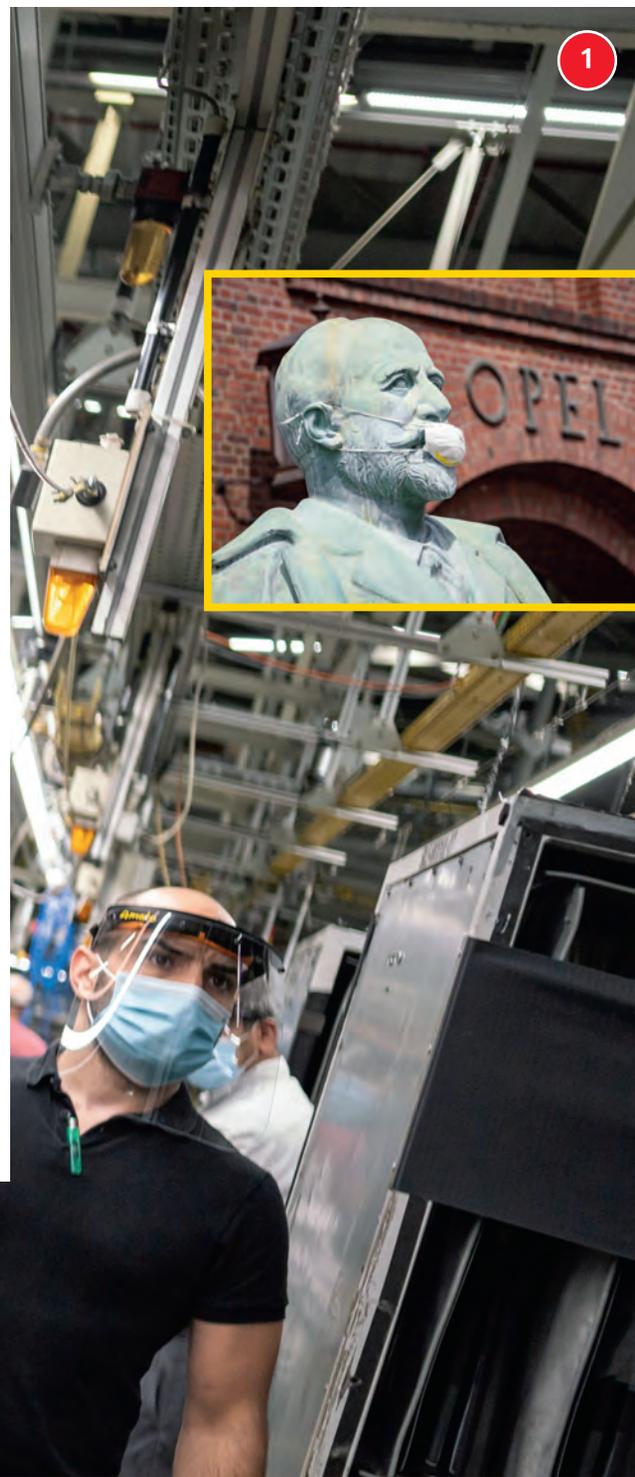
**Bild 2** Bevor die Produktion wieder anläuft, erhält jede Arbeitsgruppe eine Sicherheitsunterweisung von ihrem Meister: Das sind die neuen Verhaltensregeln zum Schutz gegen Covid-19.

**Bild 3** Ab 4.30 Uhr stehen die Beschäftigten zur Frühschicht am Portal 48 an. Drei Monate lang waren sie in Kurzarbeit »null«. Der Betriebsrat hat durchgesetzt, dass Opel ihr Kurzarbeitergeld auf 94 Prozent ihres normalen Entgelts aufstockt.

**Bild 4** Ältere und belastete Beschäftigte können sich zusätzliche Pausen nehmen, um rauszugehen, die Maske abzusetzen und frische Luft zu schnappen.

**Bild 5** Im Werk sind Abstände mit über 30 Kilometer Klebeband markiert. Jede Stunde, wenn die Beschäftigten rotieren, gibt es eine fünfminütige Pause, um alle Geräte und Werkzeuge zu desinfizieren.

**Bild 6** Hinter dem Tor erhalten die Beschäftigten Masken und eine Flasche Desinfektionsmittel. Wenn der Beschäftigte damit einverstanden ist, misst der Werkschutz Fieber mit einem Infrarotthermometer.



# Schwieriger Neustart

## für die Flugzeugbauer

**LUFTFAHRTINDUSTRIE** Die Coronapandemie hat den Flugverkehr praktisch lahmgelegt. Die Branche befindet sich in ihrer größten Krise. Es gibt aber auch Hoffnung. Airbus etwa hat nach wie vor volle Auftragsbücher. Und klar ist: Die Entwicklung alternativer Antriebe muss vorangetrieben werden – um den ökologischen Wandel in der Luftfahrt zu bewältigen. | **Von Jan Chaberny**

**Stürmische Zeiten:** Die Luftfahrtindustrie befindet sich inmitten heftiger Turbulenzen. Wie stark sie durchgeschüttelt wird, ist dabei keineswegs ausgemacht.

**D**ie Sommerferien stehen vor der Tür, aber in Ferienfluglaune ist Christoph Seelmann nicht. Der 32-Jährige wird nicht in den Süden düsen, obwohl er es jetzt ja könnte: Seit Mitte Juni ist die Reisewarnung für die meisten europäischen Länder aufgehoben. Die Fluggesellschaften weiten ihr Angebot aus. Die Hotels am Mittelmeer öffnen. Und in die Terminals, die zur Hochzeit der Coronakrise grell ausgeleuchtete, menschenleere Hallen waren, in denen Fußbodenwischfahrzeuge putzwasserfeuchte Kreise zogen, kehren nun die Reisenden zurück.

Christoph Seelmann aber wird nicht in den Urlaub fliegen. Er fährt nach Brandenburg. »Das ist schöner. Und ich weiß ja auch gar nicht, wie das alles weitergeht«, sagt Seelmann, gelernter Fluggerätmechaniker, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender

von Airbus am Standort Bremen. Keiner weiß genau, wie es weitergeht.

Was man weiß: Die Luftfahrtbranche befindet sich inmitten ihrer größten Krise. Die Coronapandemie hat den Flugverkehr lahmgelegt: Flugzeuge flogen nicht, sondern die Piloten parkten sie auf riesigen Arealen. Die großen Flugzeugbauer Airbus und Boeing drosselten ihre Produktion drastisch. Und kämpfen seither, ebenso wie viele Zulieferer, gegen die Folgen der Krise.

Bereits Ende April hatte der US-Flugzeughersteller Boeing angekündigt, in den kommenden Monaten Tausende Stellen abbauen zu wollen. Insgesamt plant der Konzern die Beschäftigtenzahl von weltweit 160 000 Menschen um 10 Prozent zu reduzieren. Der britische Triebwerkhersteller Rolls-Royce will rund 9000 Arbeitsplätze streichen. Betroffen sein könnten auch die beiden deutschen Standorte Oberursel und Dahlewitz. Wie Airbus auf

die Krise reagiert, darüber herrschte zu Redaktionsschluss noch keine Klarheit.

### Arbeit für acht Jahre in den Auftragsbüchern

Bestellungen und Abrufe bleiben aus. Fluggesellschaften holen Maschinen nicht ab. Fakt ist aber auch: Trotz der Krise gibt es kaum Stornierungen. Airbus hat rund 7500 offene Bestellungen und damit Arbeit für acht Jahre in den Auftragsbüchern. Der Weltluftfahrtverband (IATA) geht weiterhin davon aus, dass der Luftverkehr auch in den kommenden Jahrzehnten wachsen wird. Anfang Juni hat Frankreich ein milliardenschweres Hilfspaket geschnürt. »Ein wichtiges Signal, denn ohne staatliche Unterstützung wird es nicht gehen«, sagt Frank Bergmann, Branchenbeauftragter Luft- und Raumfahrt der IG Metall. »Nur müssen sol-



Foto: Kiran Doherty/Reuters/pa (M) Evgeny Sergeev/istock

nicht ausgeschlossen. Betriebsräte und IG Metall werden sich gegen alle Pläne, Personal abzubauen, zur Wehr setzen. »Wir verlangen vom Management, die Krise nicht für einen personellen Kahlschlag zu nutzen, sondern Kurzarbeit und andere Maßnahmen zur Überbrückung einzusetzen. Es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben und auch zu keinen Schließungen von Betrieben und Betriebsteilen kommen«, sagt Holger Junge, der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats von Airbus.

Jürgen Kerner, Hauptkassierer der IG Metall und als geschäftsführendes Vorstandsmitglied zuständig für die Luftfahrtbranche, betont: »Wir erwarten, dass Airbus alles unternimmt, um die Zukunftsfähigkeit der Airbus-Standorte und der Zulieferindustrie zu sichern. Der Schutz der Arbeitsplätze muss oberste Priorität haben. Nur mit den Beschäftigten kann es nach der Krise eine erfolgreiche Zukunft geben. Das gilt für Airbus, das gilt aber auch für die Zulieferer in Deutschland.«

Dass die Zukunft der Luftfahrt anders aussehen wird, als sie vor der Pandemie ausgesehen hat, ist dabei offenkundig: Zu grundlegend haben sich bereits vor Corona die gesellschaftlichen Anforderungen ans Fliegen gewandelt. Zu heftig ist der Druck vor allem junger Menschen, auch beim Fliegen die ökologische Wende zu vollziehen.

Auch der politische Druck ist enorm. Die Europäische Union hat ambitionierte Ziele formuliert: Bis 2050 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Flugverkehrs im Vergleich zum Jahr 2000 um 75 Prozent reduziert werden. Um das zu erreichen, sind Innovationen in Forschung und Entwicklung notwendig. Allen in der Branche ist das bewusst.

che Hilfen nachhaltig eingesetzt werden – zur Bewältigung des ökologischen Wandels in der Luftfahrt und gebunden an Jobgarantien.« Zum Höhepunkt der Krise hatten einige Unternehmen, darunter Airbus, angekündigt, massiv Arbeitsplätze abzubauen, und auch betriebsbedingte Kündigungen

Der Triebwerksbauer MTU Aero Engines in München etwa investiert Jahr für Jahr Millionen in die Erforschung neuer Antriebe. Die Entwicklung in diesem Bereich ist rasant: »Der Treibstoffverbrauch und Kohlenstoffdioxidausstoß unseres neuen Getriebes für den Airbus A320neo sind im Vergleich zur Vorgängergeneration um 16 Prozent verringert; der Lärmteppich ist um 75 Prozent verkleinert«, sagt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Tom Stocker.

## Ökologisches Fliegen mit alternativen Antrieben

Wichtig sei, den Einsatz von Wasserstoff ebenso wie die Entwicklung von biologischen und synthetischen Treibstoffen voranzubringen. Denn es werde Jahrzehnte dauern, bis emissionsfreies, elektrisches Fliegen flächendeckend möglich ist. Airbus-Chef Guillaume Faury hatte in diese Richtung angekündigt, ab dem nächsten Jahrzehnt elektrische Antriebe einführen zu wollen. Das freilich war vor der Krise.

»Wir müssen an diesem Ziel festhalten«, sagt Christoph Seelmann. »Wir brauchen alternative Antriebe, eine Perspektive.« Rund 2700 Menschen arbeiten bei Airbus in Bremen, etwa 1000 von ihnen in der Fertigung; die Kolleginnen und Kollegen stellen hauptsächlich Landeklappen für verschiedene Airbusmodelle her und rüsten Tragwerke mit elektrischen und hydraulischen Komponenten aus. Ihre Lage ist so unsicher wie die der anderen Standorte.

Vom 9. bis zum 27. April war der komplette Standort zu 100 Prozent in Kurzarbeit, erzählt Christoph Seelmann, bis Mitte Mai die Fertigung. Auch in den Bürobereichen wurde Kurzarbeit eingeführt. »Seither fahren wir die Produktion hoch«. Wann wieder mit voller Produktion zu rechnen ist, kann der 32-Jährige nicht sagen. In Bremen stellen sie sich darauf ein, dass Kurzarbeit wohl weiterhin notwendig sein wird.

Sie stellen sich auch darauf ein, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. »Wir sind hoch motiviert«, sagt Christoph Seelmann. »Wir wollen unsere Zukunft gestalten.« In einem ist er sich sicher: »Die Menschen werden auch in Zukunft fliegen wollen. Und in der Frage des ökoeffizienten Fliegens kommt an Bremen keiner vorbei.«

## In Zahlen

### Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie:

- ▶ Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) mit 40 Milliarden Euro Umsatz und über 2300 Betrieben mit etwa 111 500 Mitarbeitern eine Schlüsselindustrie in Deutschland.
- ▶ Fast drei Viertel des Umsatzes (73 Prozent) wird laut BDLI in der zivilen Luftfahrt erwirtschaftet.
- ▶ Etwa 80 Prozent der Unternehmen haben weniger als 250 Mitarbeiter, etwa 40 Prozent einen Jahresumsatz von weniger als 5 Millionen Euro. Diese Unternehmen sind einer Rezession besonders ausgeliefert.



Foto: Frank Rumpenhorst

**Tjark Menssen** ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Das Kurzarbeitergeld (Kug) ist eine Lohnersatzleistung und grundsätzlich steuerfrei. Aber es erhöht den Prozentsatz auf die übrigen steuerpflichtigen Einkünfte. Das ist der sogenannte Progressionsvorbehalt. Die Folge: Wer in einem Kalenderjahr eine Lohnersatzleistung wie Kug, Arbeitslosen- oder Krankengeld bezieht, muss mit Steuernachforderungen rechnen. Das gilt auch für Leistungen wie das Mutterschafts-, Übergangs-, Verletzten- oder Elterngeld sowie das Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld.

### So wird bei Eheleuten nach dem Splittingtarif gerechnet

- ▶ Das kinderlose Ehepaar Weber hat 2019 ein zu versteuerndes Einkommen von 26 109 Euro erzielt. Herr Weber bezog in dem Kalenderjahr 5 400 Euro Kurzarbeitergeld.
- ▶ Die Summe aus dem zu versteuernden Einkommen von 26 109 und den Progressionseinkünften in Höhe 5 400 Euro beträgt also 31 509 Euro und ist das fiktive zu versteuernde Einkommen.
- ▶ Die Einkommensteuer auf das fiktive zu versteuernde Einkommen beträgt 2 658 Euro. Der progressive Steuersatz liegt damit bei 8,4356 Prozent (2 658 Euro mal 100 geteilt durch 31 509 Euro).
- ▶ Die Einkommensteuer für das Veranlagungsjahr ohne Kurzarbeitergeld hätte bei 1 384 Euro gelegen. Durch die Pro-

# Versteckte Steuerlast beim Kurzarbeitergeld

**RECHT SO** Kurzarbeitergeld ist steuerfrei. Doch wegen des sogenannten Progressionsvorbehalts sind Nachzahlungen möglich. Tjark Menssen erläutert, warum viele Beschäftigte in Kurzarbeit im nächsten Jahr damit rechnen müssen, Steuern nachzuzahlen.

### Lohnsteuerberatung durch die IG Metall-Servicegesellschaft

Die Servicegesellschaft der IG Metall bietet Metallern und Metallern in rund 3 000 Lohnsteuerberatungsstellen eine günstige Steuerberatung an. In den Räumlichkeiten vieler IG Metall-Geschäftsstellen wird die Lohnsteuerberatung durch einen der Kooperationspartner der Servicegesellschaft angeboten. Für Mitglieder der IG Metall entfällt die Aufnahmegebühr und sie zahlen je nach Einkommen einen sozial gestaffelten Beitrag. Mehr erfahren registrierte Mitglieder hier: [igm-service.de/beratung](https://igm-service.de/beratung)

gression beläuft sich die Steuer auf 2 202 Euro (26 109 Euro mal 8,4356 Prozent geteilt durch 100). Die Webers müssen dem Fiskus ohne Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer also 818 Euro mehr an Steuern zahlen, als ohne Berücksichtigung des Kurzarbeitergelds.

### Wer kurzarbeitet, muss eine Steuererklärung machen

Beschäftigte sind bei Bezug von Kurzarbeitergeld verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben, wenn das Kug 410 Euro im Jahr übersteigt. Ob es überhaupt zu einer Steuernachzahlung kommt und wie hoch diese letztlich ausfällt, hängt von den Einkommensverhältnissen im Jahr der Kurzarbeitergeldzahlung ab. Daher sollten Beschäftigte in Kurzarbeit mindestens 70 Euro im Monat zurücklegen, damit sie im Falle einer Steuerforderung zahlen können. Liegen keine sonstigen steuerpflichtigen Einnahmen vor, etwa weil der Ehepartner keine Einkünfte hat, kommt es in der Regel auch zu keiner Steuernachzahlung.

Der Progressionsvorbehalt-Rechner des Bayerischen Landesamts für Steuern ermittelt die einkommensteuerliche Belastung (ohne Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) unter Berücksichtigung des Progressionsvorbehalts:

► [finanzamt.bayern.de](https://finanzamt.bayern.de)

→ Suche: Progressionsvorbehalt

# Alles, was Recht ist



## URLAUBSRECHT

### Während Sonderurlaub entstehen keine Urlaubsansprüche

Wer sich im Urlaubsjahr ganz oder teilweise in unbezahltem Sonderurlaub befindet, hat in dieser Zeit keine Arbeitspflicht. Darum steht einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer auch kein Anspruch auf Erholungsurlaub zu. Der unbezahlte Sonderurlaub wird bei der Berechnung des Erholungsurlaubs daher nicht berücksichtigt.

👉 **Bundesarbeitsgericht vom 19. März 2019 – 9 AZR 315/17**



## ARBEITSLÖSENGELD II

### Doppelmiete: Anspruch auf Übernahme

Das Bundessozialgericht hat klargestellt, dass Menschen, die ein Recht auf Arbeitslosengeld II (ALG II) haben, auch grundsätzlich Anspruch auf die Übernahme einer sogenannten Doppelmiete – also die gleichzeitigen Aufwendungen sowohl für die Kosten der alten wie auch für die der neuen Wohnung in einem Monat – ha-

ben. Da jedoch das Grundbedürfnis Wohnen schon durch eine Unterkunft gedeckt ist, erfordert die Anerkennung einer solchen Doppelmiete, dass diese unvermeidbar und konkret angemessen ist, was ALG-II-Empfänger nachweisen müssen.

👉 **Bundessozialgericht vom 30. Oktober 2019 – B 14 AS 2/19 R**



## DIREKTIONSRECHT

### Arbeitgeber kann Arbeit im Homeoffice nicht einseitig zuweisen

Der Arbeitgeber ist nicht allein wegen seines arbeitsvertraglichen Weisungsrechts berechtigt, einseitig Arbeit im Homeoffice festzulegen. Lehnt der Arbeitnehmer die Ausführung der Telearbeit ab, liegt deshalb keine beharrliche Arbeitsverweigerung vor. Eine aus diesem Grund ausgesprochene Kündigung ist unwirksam. Dass Arbeitnehmer etwa zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf an Telearbeit interessiert sein können, führt nicht zu einer diesbezüglichen Erweiterung des Weisungsrechts des Arbeitgebers, so das Gericht.

Geklagt hatte ein Ingenieur, dessen Arbeitsvertrag keine Regelungen zu einer Änderung des Arbeitsorts enthielt.

👉 **Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg vom 10. Oktober 2018 – 17 Sa 562/18**

## Gesundheits-Apps checken

Es gibt viele unterschiedliche Arten von Gesundheits-Apps. Sie können zum Beispiel dabei helfen, die körperliche Aktivität zu messen (Fitness-tracker) oder daran erinnern, Medikamente einzunehmen. Die Handlungshilfe »Checkliste für die Nutzung von Gesundheits-Apps« des Aktionsbündnisses Patientensicherheit gibt Hinweise, worauf Patienten achten sollten, wenn sie Gesundheits-Apps verwenden und welche Vorteile und Risiken durch die Nutzung entstehen können.

👉 **aps-ev.de/patienteninformation**

## Neue Adresse dem Renten-Service mitteilen

Wer im Ruhestand umzieht, muss die neue Anschrift dem Renten-Service der Deutschen Post AG mitteilen. Andernfalls stoppt der Renten-Service weitere Rentenzahlungen – wenn etwa die neue Anschrift nach einem Rücklauf der Rentenanpassungsmitteilung nicht ermittelt werden kann. Die neue Anschrift ist schriftlich mitzuteilen oder kann online beim Renten-Service gemeldet werden. Informationen und Formulare unter:

👉 **rentenservice.de**  
→ **Gesetzliche Rente**

Anzeige

[www.beruhigt-arbeiten.de](http://www.beruhigt-arbeiten.de)

## Ferienjobs und Corona

# Schülerinnen dürfen

# fünf Monate lang jobben

▼  
**Schüler und Studierende im Betrieb**

Ob Stammbesellschaft oder Ferienjobbende: Der Arbeitgeber muss Beschäftigte wirksam vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus schützen.

**SOZIALVERSICHERUNG** Bald beginnen die Sommer- und Semesterferien. Viele Schüler und Studierende nutzen die freie Zeit, um ihre Finanzen aufzubessern. Wegen der Coronapandemie gelten teilweise geänderte Bedingungen für die Beschäftigungen von Schülerinnen und Schülern.

Von Antonela Pelivan | Illustration: Stephanie Brittnacher



# F

Etwa zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden jobben nebenher oder haben Ferienjobs. Mit einem Ferienjob lassen sich nicht nur die eigenen Finanzen verbessern. Er bietet auch die Chance, ins Berufsleben reinzuschmecken, sich auszuprobieren und Verantwortung zu übernehmen. Klingt gut? Ist es auch – wenn man ein paar Dinge beachtet: Minderjährige Schülerinnen und Schüler dürfen nicht jede Tätigkeit ausüben. Das Jugendarbeitsschutzgesetz regelt, unter welchen Bedingungen Kinder und Jugendliche arbeiten dürfen. Es verbietet Kindern bis einschließlich des 14. Lebensjahrs zu arbeiten. Es gibt aber Ausnahmen: Mit Zustimmung der Eltern dürfen Kinder über 13 Jahre bis zu zwei Stunden täglich arbeiten, allerdings nur in der Zeit von 8 bis 18 Uhr. Und nur, wenn es sich um leichte Tätigkeiten wie Gartenarbeit, Zeitungen austragen oder Botengänge handelt. In der Landwirtschaft sind drei Stunden täglich erlaubt. Jugendliche ab 15 Jahren dürfen prinzipiell arbeiten. Wenn sie noch zur Schule gehen, maximal vier Wochen während der Schulferien. Schwere körperliche oder gefährliche Arbeit ist auch hier tabu. Auch darf die Arbeitszeit täglich acht Stunden und 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten. Bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als viereinhalb bis zu sechs Stunden dürfen jugendliche Ferienjobberinnen mindestens 30 Minuten Pause machen, bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden mindestens 60 Minuten. Arbeitgeber sind verpflichtet, das Jugendarbeitsschutzgesetz einzuhalten. Halten sich Arbeitgeber nicht an die gesetzlichen Regeln, sollten sich Eltern und Teenager wehren. Erster Ansprechpartner ist der Betriebsrat, die Jugend- und Auszubildendenvertretung oder die IG Metall vor Ort.



## Covid-19 macht es möglich: 5 Monate Ferienjob sind bis 31. Oktober erlaubt

Die sogenannten Ferienjobs sind in der Regel kurzfristige Beschäftigungen, die von vornherein auf nicht mehr als drei Monate oder 70 Arbeitstage innerhalb eines Kalenderjahrs befristet sind. Bei einer kurzfristigen Beschäftigung spielt die Höhe des Verdienstes keine Rolle. Es werden keine Sozialabgaben gezahlt und somit auch keine Rentenanwartschaften erworben. Aber Achtung: Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nicht vor, wenn die Beschäftigung den Lebensunterhalt sichert, also berufsmäßig ausgeübt wird. Wegen der Coronapandemie hat die Bundesregierung die zeitlichen Begrenzungen deutlich erweitert. In diesem Jahr können Ferienarbeiter ihren Job zwischen dem 1. März und dem 31. Oktober ausnahmsweise länger aus-

üben: für fünf Monate oder 115 Tage. Entscheidend ist, dass die Beschäftigung von vornherein vertraglich oder aufgrund ihrer Art befristet ist. Dies ist gerade bei Ferienjobs von Schülern oder Studierenden der Fall, aber auch bei Erntehelferinnen und -helfern in der Landwirtschaft.

## Befristet erhöhte Zeitgrenze gilt auch für Minijobs

Auch wer einen Minijob hat, profitiert von der Erhöhung der Zeitgrenze: Für eine Übergangszeit vom 1. März bis 31. Oktober 2020 darf die monatliche Verdienstgrenze von 450 Euro bis zu fünf Mal innerhalb eines Zeitjahres überschritten werden. Darauf haben sich die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung am 30. März 2020 verständigt. Voraussetzung ist dann, dass das monatliche Entgelt von 450 Euro gelegentlich und nicht vorhersehbar überschritten wird. Unvorhersehbar ist die Mehrarbeit zum Beispiel, wenn andere Arbeitnehmer erkrankt sind oder wegen der Coronapandemie unter Quarantäne stehen.

## Sozialversicherung bei Ferienjob: Familienversicherung bleibt bestehen

Schülerinnen und Schüler sind meist über einen Elternteil in der gesetzlichen Krankenversicherung familienversichert. Wenn sie weiter bei den Eltern krankenversichert bleiben wollen, darf ihr Gesamteinkommen 2020 netto nicht höher als 445 Euro im Monat sein. In der Regel werden Einkünfte aus einer kurzfristigen Beschäftigung in diesem Zusammenhang aber generell als unregelmäßig bewertet und wirken sich daher nicht auf die beitragsfreie Familienversicherung aus.

## Besser bezahlt mit IG Metall-Tarif

Auch für Schüler und Studierende gilt der gesetzliche Mindestlohn von zurzeit 9,35 Euro brutto pro Stunde. Minderjährige mit einem Ferienjob haben keinen Anspruch auf den Mindestlohn. IG Metall-Tarifverträge gelten in allen tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, Stahlindustrie, in den Branchen Textil und Bekleidung, Holz und Kunststoff, in der ITK-Branche sowie im Kfz- und Elektrohandwerk. Sie regeln die Bezahlung, die Arbeitszeiten, die Anzahl der Urlaubstage, das zusätzliche Urlaubsgeld und vieles mehr. Das gilt auch für Ferienbeschäftigte – wenn sie Mitglied der IG Metall sind.

## Ferienjobbende zahlen meist keine Steuern

Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, die 2020 weniger als 9408 Euro verdient haben, zahlen in der Regel keine Steuern. Dazu kommt eine Werbungskostenpauschale von 1000 Euro jährlich. Wer darüber liegt und Steuern gezahlt hat, kann die einbehaltene Lohnsteuer zurückerhalten, wenn im darauffolgenden Jahr eine Steuererklärung gemacht wird.

## Ausbildung auch in der Krise fortführen

**QUALIFIZIERUNG** Die »Allianz für Aus- und Weiterbildung« hat Maßnahmen beschlossen, die die negativen Folgen der Coronakrise abfedern sollen. Dafür hatte die IG Metall gekämpft.

*Die Coronakrise droht auf den Ausbildungsmarkt durchzuschlagen. Wie bewertest Du die Maßnahmen der Allianz?*

**THOMAS RESSEL:** Positiv. Es ist gelungen, ein Bündel von Maßnahmen zum Schutz der Ausbildung zu vereinbaren, damit es keinen »Coronajahr-gang« von jungen Menschen ohne Berufsabschluss gibt.

*Was war der IG Metall wichtig?*

**RESSEL:** Dass die Ausbildung auch bei Kurzarbeit weiter stattfindet und Auszubildende von Kurzarbeit ausgenommen werden. Die Arbeitgeber wollten die gesetzliche Pflicht aufheben, dass die Ausbildungsvergütung bei Kurzarbeit von Azubis sechs Wochen weitergezahlt werden muss. Das haben wir verhindert. Dafür gibt's Unterstützung bei Auftrags- oder Verbundausbildung.

*Wo gibt es noch Reformbedarf?*

**RESSEL:** Wir haben zu viele Regionen, in denen es an Ausbildungsplätzen mangelt. Auch die Metall- und Elektroindustrie ist gefordert. Jammern über Fachkräftemangel hilft nicht. Ausbilden hilft.



**Thomas Ressel** ist Ressortleiter im Bereich Bildungs- und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall.

Foto: IG Metall

# Lernen am Arbeitsplatz

**WEITERBILDUNG** Die Arbeitswelt befindet sich in einem epochalen Wandel. Weiterbildung wird existenziell. Wie organisiert man diese? Bei Audi in Neckarsulm setzen sie auf arbeitsprozessorientierte Fortbildung. | **Von Jan Chaberny**

Uwe Schwab ist 60 Jahre alt. Seit 1987 arbeitet er bei Audi in Neckarsulm in der betrieblichen Weiterbildung. Er hat Qualifizierungskonzepte für junge Menschen verfasst, er engagiert sich seit vielen Jahren als Sachverständiger für die IG Metall in Neuordnungsverfahren für Bundesrechtverordnungen zur Fortbildung. Er war von Anfang an der Meinung, dass betriebliche Weiterbildung extrem wichtig ist. Seit ein paar Jahren aber, das merkt er hautnah, das merken die Beschäftigten hautnah, ist ihm klar geworden: Betriebliche Qualifizierung ist nicht nur extrem wichtig, sie ist existenziell.

Qualifizierungsberater Schwab macht es konkret: »Wer vor ein paar Jahren seine Ausbildung als Kfz-Mechatroniker absolviert hat, dessen Tätigkeiten haben sich heute teilweise fundamental gewandelt. Darauf müssen wir uns einstellen.«

Das hat Uwe Schwab mit seinem Team getan und zusammen mit dem Arbeitgeber ein Qualifizierungskonzept erarbeitet, das einerseits individuelle Lernprozessbegleitung ermöglicht. Und andererseits Beschäftigte strukturiert und systematisch in einer Kombination von Seminarmodulen und Lernphasen am Arbeitsplatz zu Fachexperten qualifiziert.

Und so funktioniert es: »Wir wollen das Lernen im Prozess der Arbeit möglich machen, weil die Beschäftigten davon in hohem Maße profitieren.« Erst wenn das theoretisch Gelernte praktisch im konkreten Arbeitsumfeld eingesetzt wird, verfestigt, vertieft, erweitert es sich. Erst dann wird es praktisch erfahrbar, anwendbar.

»Es geht nicht darum, sich mit Wissen vollzuschütten«, sagt Uwe Schwab. »Unsere Kollegen sollen vor allem in der Lage sein, komplexe Problemstellungen zu identifizieren, zu analysieren und zu lösen. Dazu werden sie qualifiziert.« Am Ende verfügen die Beschäftigten über Fach- und Erfahrungswissen. »Sie optimieren Prozesse, sie qualifizieren sich entlang der Technologieentwicklung.«

## Passgenaue Qualifikation dank Kompetenzanalyse

Damit das gelingt, ist frühzeitige Qualifizierung notwendig. Vor allem das Wissen darüber, was ein Beschäftigter kann und wo es individuellen Qualifizierungsbedarf gibt. Wohin die Fortbildung überhaupt führen soll und was der Beschäftigte braucht, um sein Ziel zu erreichen. »Es ist wichtig, sich über all diese Punkte vorab völlig im Klaren zu sein«, sagt Uwe Schwab. »Nur wenn man die Situation exakt analysiert hat, kann man passende Schlussfolgerungen aus ihr ziehen, einen Plan entwickeln.«

Am Anfang jeder Qualifizierung erarbeiten Schwab und sein Team deshalb im Gespräch mit den Beschäftigten eine Mindmap: Sie zeichnen auf, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten der Mitarbeiter mitbringt,





Foto: Westend67/pa

Neue Technik, neue Tätigkeiten: In der digitalen Arbeitswelt wandeln sich die Anforderungen rasant. Umso wichtiger ist betriebliche Qualifizierung.

was für Tätigkeiten die Kolleginnen und Kollegen an ihren Arbeitsplätzen ausführen, aber auch, welche Qualifikationen im Privaten erworben wurden und bislang ungenutzt sind. »Wir ermitteln den aktuellen Kompetenzstand des Beschäftigten. Dann skizzieren wir, welche neuen Anforderungen auf den Mitarbeiter zukommen und welche Kompetenzen zukünftig gefragt sein werden. Wenn wir diese beiden Folien übereinanderlegen, können wir daraus Qualifizierungsinhalte und Lernziele ableiten.«

### Die Idee: Aus Theorie wird ganz schnell Praxis

Wichtig ist: Die Beschäftigten machen sich nicht allein auf ihren Qualifizierungsweg. Denn die gesamte Zeit über, meist für 6 bis 24 Monate, begleitet sie ein Experte. »Wir haben ein Patensystem aufgebaut, mit dem wir die betriebliche Weiterbildung der Kolleginnen und Kollegen unterstützen.« Jedem Beschäftigten, der sich in einer Qualifizierung befindet, ist ein Qualifizierungsberater zur Seite gestellt. Er ist

Ansprechpartner, gibt Hilfestellungen, hat ein Auge auf die Lernphasen. Dazu gibt es Technologieverantwortliche, die für die fachlichen Expertisen verantwortlich sind.

Diese aber, das ist der zweite Punkt, fußen auf einer Kombination aus theoretischen Lerneinheiten, die etwa Seminare vermitteln, und anschließenden Einheiten, in denen die Beschäftigten das Gelernte am Arbeitsplatz anwenden und erweitern. »Wir setzen auf eine arbeitsprozessorientierte Fortbildung«, sagt Schwab. Qualifizierungsprozesse und Lernformate werden bei Audi in Neckarsulm eng mit den neuen Arbeitsprozessen gekoppelt. Lernen findet im unmittelbaren Arbeitsprozess statt.

Natürlich dürfe bitte keiner auf die Idee kommen, dass formale Ausbildungsstrukturen im Zeitalter des großen Wandels, der heftigen Umbrüche, der rasanten Veränderungen, weniger wert seien als vor ein paar Jahren. Und es stimmt auch nicht, dass die Berufsschulen Ausbildungskonzepte und -inhalte nicht anpassten. Die Metall- und Elektroberufe zum Beispiel wurden grundlegend modernisiert, rundum fit gemacht für die digitale Arbeitswelt. »Das alles ist richtig«, sagt Uwe Schwab. »Aber richtig ist eben auch, dass berufliche Qualifizierung und umfassende Weiterbildung enorm an Bedeutung gewonnen haben.«

### Zuschuss für Meisterausbildung

Weiterbildung im Handwerk ist eine kostspielige Investition in die eigene Zukunft. Vor allem die Meisterausbildung ist mit hohen Kosten verbunden. Was viele nicht wissen: Gerade wer sich im Hinblick auf eine Existenzgründung beruflich qualifizieren möchte, kann in vielen Fällen das sogenannte Meister-BAföG erhalten. Darüber hinaus können Kosten in der Steuererklärung berücksichtigt werden. Infos unter:

► [aufstiegs-bafög.de](http://aufstiegs-bafög.de)

### Zahl der Studierenden ohne Abitur steigt

Die Nachfrage nach einem Studium ohne Abitur steigt. Laut gemeinnützigem Centrum für Hochschulentwicklung studierten 2018 über 62 000 junge Menschen ohne Reifeprüfung. Seit 2007 hat sich deren Anzahl damit vervierfacht. Voraussetzung für einen Studienplatz ohne allgemeine Hochschulreife ist eine Berufsausbildung und der Nachweis von Berufserfahrung.

### Zuschuss für die Berufsanerkennung

Fachkräfte, die ihre beruflichen Qualifikationen oder Hochschulqualifikationen im Ausland erworben haben, können diese mit deutschen Qualifikationen vergleichen und anerkennen lassen. Finanzielle Unterstützung für die Kosten dieses Verfahrens gibt es mit dem neuen Anerkennungszuschuss. Infos:

► [anerkennung-in-Deutschland.de](http://anerkennung-in-Deutschland.de)

Bei dem Modell gehen  
9.000 € vom Preis runter, die  
Batterie müssen Sie allerdings  
selbst mitbringen.

Autofahrer  
Ratgeber

22.860 €

Elektro

## SUDOKU

	8	2		6	5			I
3			8	4		9	7	
6		III			IV	2		5
7	6	8		5	V	3		
	1	VIII					9	VII
		9		7		5	6	1
1		3						2
	4	6		2	3			9
	II		9	1	VI	4	3	IX

- 1 = M
- 2 = T
- 3 = A
- 4 = E
- 5 = K
- 6 = A
- 7 = S
- 8 = E
- 9 = M

### Die Preise im Juli/August

- Erster Preis: ein schwarzes T-Shirt »Respekt!«
- Zweiter Preis: ein IG Metall-Fußball
- Dritter Preis: eine IG Metall-Basecap

### Einsenden\*

Schicke die Lösung mit Vor-, Nachnamen und Adresse bis 15. August 2020 per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an: [raetsel@igmetall.de](mailto:raetsel@igmetall.de)

\*Vor-, Nachname und Wohnort der Gewinnerinnen und Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe.

Sudoku: metzelsunde.com

Die Lösungszahlen in den markierten Feldern als Buchstaben in die entsprechenden Kästchen eingetragen, ergeben den gesuchten Begriff.

### Lösungswort

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----

## SERVICE

### Hier kannst Du Dich registrieren



Manche Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: [igmetall.de/anmelden](https://igmetall.de/anmelden)

### Deine Geschäftsstelle



Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: [igmetall.de/vor-ort](https://igmetall.de/vor-ort)

### Lesertelefon

# 0800 446 38 25

Ihre Fragen zu unseren Berichten in der metallzeitung beantworten wir unter dieser gebührenfreien Rufnummer montags bis donnerstags von 9 bis 16 und freitags von 9 bis 13 Uhr, Fax: 069 66 93-20 02.

[metallzeitung@igmetall.de](mailto:metallzeitung@igmetall.de)

### Informationen für Geringverdienende



Im Flyer »Mehr Geld in der Haushaltskasse« zeigt die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, wann Geringverdienende Anspruch auf Sozialleistungen haben. [erwerbslos.de/medienbestellung](https://erwerbslos.de/medienbestellung)

### Hier wirst Du Mitglied



Hier kannst Du Mitglied werden: [igmetall.de/beitreten](https://igmetall.de/beitreten)

### Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Jörg Hofmann,  
Christiane Benner,  
Jürgen Kerner

### Beauftragte der Herausgeber:

Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

### Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,  
60329 Frankfurt am Main

### Chefredakteur:

Mirko Kaiser

### Chef vom Dienst:

Artur Siemens

### Redaktion:

Simon Che Berberich,  
Christoph Böckmann, Jan Chaberny,  
Dirk Erb, Martina Helmerich,  
Jens Knüttel, Antonela Pelivan

### Art-Direktion:

Gu drun Wichelhaus-Decher

### Bildredaktion:

Michael Schinke

### Sekretariat:

Beate Albrecht

[metallzeitung.de](https://metallzeitung.de)

### Angebot für Sehbehinderte:

**metallzeitung** gibt es auch als PDF oder Word-Datei:

[metallzeitung@igmetall.de](mailto:metallzeitung@igmetall.de)

### Vertrieb:

Thomas Köhler  
Telefon: 069 66 93-22 24  
Fax: 069 66 93-25 38  
[vertrieb@igmetall.de](mailto:vertrieb@igmetall.de)

### Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur,  
Pallaswiesenstraße 109,  
64293 Darmstadt  
[info@zweiplus.de](mailto:info@zweiplus.de)

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

### Druck und Versand:

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG



**Papier:** **metallzeitung** erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.